Nummer 277 — Halle, Donnerstag, den 26. November 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsort: Neue Promenade 1a u. Ge. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die in den letzten 14 Tagen in der Berliner und auch in der westdeutschen Industrie erfolgten Massenkündigungen von Auslandkrediten haben, wie wir erfahren, umfangreiche Betriebseinschränkungen zur Folge gehabt. In Berlin ist für Ende November für rund 3000 Kündigungen die Zustimmung des Demobilmachungskommissars nachgesucht worden.

Inzwischen scheint sich eine bedeutsame Wandlung in den Auslandskrediten vorzubereiten. Aus dem mitteldeutschen Industriegebiet wird gemeldet, daß die gekündigten Kredite zu einem wesentlich höheren Zinssatz und nur für weitere sechs Monate angeboten worden sind.

*

Der holländische „Courant" meldet aus Kairo: Die englischen Garnisonen in Aegypten wurden durch starke Truppentransporte aus Malta in den letzten Tagen verstärkt. Zughul Pascha prophezeit eine Revolution in Aegypten.

*

Die Londoner „Daily Mail" melden aus Tanger: Abd el Krim ist wieder in die Vorstädte von Tetuan eingedrungen. Die Zurücklegung der spanischen Front erfolgte, um ihre Auffrollung zu verhindern.

*

Der englische Premierminister Baldwin teilte im Unterhause mit, die Opposition werde Donnerstag in der Arbeitslosenfrage ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen.

*

Wie die Niederländische Telegraphenagentur erfährt, hat die holländische Königin den freisinnigdemokratischen Abgeordneten Marchant mit der Kabinettsbildung betraut.

*

Die ungarische Nationalversammlung hat einen Reichstagantrag zur Vorbereitung einer Volksabstimmung über die Staatsform abgelehnt. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, daß diese Frage bereits im Jahre 1923 durch Gesetz im Sinne einer Aufrechterhaltung des Königtums entschieden sei.

*

In der Tschechoslowakei stößt die Regierungsbildung weiter auf große Schwierigkeiten, da die Wahlen ein starkes Anwachsen der Opposition, sowohl der Kommunisten wie der nationalen Minderheiten, gebracht haben.

*

Der berüchtigte frühere elsässische Reichstagsabgeordnete Abbé Wetterlé, einer der schlimmsten Feinde und Verräter des deutschen Elsaß, ist in Rom, wo er Attaché der französischen Vertretung beim Vatikan war, gestorben.

*

Das neue polnische Kabinett in Warschau hat die ihr vorliegenden Anträge von ausgewiesenen Optanten, ihnen die Rückkehr nach Polen zu gestatten, im ablehnenden Sinne entschieden.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Berlin: Der Abschluß der Reichsbahn für Oktober, der bei 401 Millionen Mark Einnahmen nur 5 Millionen Ueberschuß gebracht hat, wird als ungünstig angesehen. Dem Generalagenten für die Reparationszahlungen wurden für den Monat Oktober von der Reichsbahn an Beförderungssteuer 30 Millionen Mark abgeführt.

*

Die mittlere Preisprüfungsstelle Berlin soll in eine Landespreisprüfungsstelle für ganz Preußen umgewandelt werden. Die Preisprüfungsstellen in den Provinzen sollen zum größten Teil weiterbestehen bleiben und Direktiven sowie Material für ihre preisregulierende Tätigkeit von der Landespreisprüfungsstelle erhalten. Dieser sollen wesentlich stärkere Machtmittel zur Verfügung gestellt werden als der bisherigen mittleren Preisprüfungsstelle.

*

Die Aussichten für eine Verbilligung der Lebenshaltung im bevorstehenden Winter schwinden immer mehr dahin. Am Berliner Getreidemarkt hat eine kraftvolle Aufwärtsbewegung aller Getreidepreise eingesetzt, die Weizen auf 10—12, Roggen auf 14 und Hafer auf 10,50 Mark brachte. Die Weltgetreideplätze Chicago und Winnipeg melden seit Tagen weitere Preisbefestigungen.

*

In den Berliner Industriebetrieben haben in den letzten Tagen Erneuerungswahlen zu den Betriebsräten stattgefunden. Die heute vorliegenden Berichte aus 55 Großbetrieben zeigen ein starkes Anwachsen der linksradikalen Stimmen. Die Kommunisten haben die Zahl ihrer Vertreter um fast 20 Proz. vermehrt. Daneben behaupteten sich die freiheitlichen (nationalen) Arbeiterbünde und die christlichen Gewerkschaften.

*

Wollen Sie noch höhere Gemeinde- und Kreissteuern, Gewerbesteuern usw. zahlen? Dann brauchen Sie bei den Wahlen am 29. nur zu Haus zu bleiben und dadurch die Linke siegen zu lassen!

Die Stellung der Parteien zu Locarno.

Frostige Stimmung im Reichstag.

Erste Beratung der Locarnogesetze im Reichstag. Wie anders das Bild, als die englische Unterhausdebatte über die gleichen Verträge. Dort wogte die Siegesfreude, der kaum verborgene Jubel über den gewaltigen Erfolg ihrer Regierung durch alle Herzen, und das alte Lied englischer Weltherrschaft „Rule Britania" (herrsche, England!) wob durch den Saal. Hier frostige Kühle und Gedrücktheit; Waffenstillstandsaber nicht Siegesstimmung.

Nicht einer, weder Luther noch Stresemann, nicht einer der Parteiredner konnte den Ton stolzer Zuversicht anstimmen, mit dem Chamberlain seine Hörer und sein ganzes Volk mit sich riß.

Zuerst sprach Wels für die Sozialdemokraten, also für die Partei, die wie einst für den Dawesplan mit seinen Erpresserlasten so heute für Locarno am bestimmtesten eintritt. Aber trotz aller Streitbarkeit, mit der er den Deutschnationalen entgegentrat, war der Unterton seiner Rede die Sorge, die die tiefen Begleitakkorde zu der Melodie offizieller Hoffnungsfreudigkeit bildete. Er hofft, sie alle hoffen auf einen neuen Geist. Aber wirklich überzeugende Gründe für die Hoffnung fehlen. Denn noch starrt Frankreich in Waffen und bleibt an Rhein und Saar.

Dann spricht Graf Westarp für die Deutschnationalen. Schnell füllt sich das Haus. Und unerbittlich, nüchtern, hart wie Hammerschlag klingt seine Warnung über Bänke und Tribünen. Immer ernster werden die Mienen der Hörer, immer ernster Dr. Luther und Stresemann. Alle fühlen, daß hier mehr als Tagesmeinung, daß die Sorge um Deutschlands Zukunft und Schicksal spricht. Kein Siegerlächeln zeigt sich auf den Mienen seiner Gegner.

Fehrenbach spricht für das Zentrum. Er betont den Widerspruch zwischen dem neuen Geist und der Tatsache, daß die Besetzung der zweiten und dritten Rheinlandzone, die Hinausschiebung der Saarabstimmung bis zum Jahre 1935 bleibt. „Die Erleichterungen sind kein Anlaß zu freudiger Genugtuung".

— Man hätte den Vorschlag zu neuen befriedigenderen Verhandlungen erwarten müssen, aber Fehrenbach begnügt sich mit den Anzeichen zur Besserung, auch er hofft auf den neuen Geist. Er sucht die Bedenken zu entkräften und schließt mit der Zustimmung zu Locarno.

Nach ihm spricht Dr. Scholz für die Deutsche Volkspartei.

„Das in den Verträgen von Locarno Erreichte stimmt uns nicht zu lautem Jubel. Vieles muß noch im Interesse des besetzten Gebietes vervollständigt werden, aber wir müssen die fühlbare Besserung unserer internationalen Beziehungen und in den Verhältnissen des Rheinlandes anerkennen. Darum werden wir dem Vertragswerk zustimmen. Diese Zustimmung wird speziell meiner Fraktion wesentlich dadurch erleichtert, daß die Forderungen der Deutschen Volkspartei, die sie in ihren Richtlinien für die Außenpolitik vom 2. Juli erhoben hat, in allen wesentlichen Punkten im Vertrage erfüllt sind. (Sehr richtig! bei der D. Vp.).

Der Kommunist Thälmann bezeichnet Locarno als einen Frieden mit beschränkter Haftung, den Völkerbund als ein Instrument der Sieger von Versailles, ein Kriegsbündnis gegen Sowjetrußland und ein Instrument des internationalen Kapitalismus gegen das deutsche Volk.

Auch Abg. Koch-Weser (Demokrat) erklärte, „Locarno für sich allein ist nichts", auch er hofft, daß es ein Anfang zu einer Phase der Völkerbeziehungen sei. Dann verliert er sich, wie vorher der sozialistische Redner in die Innenpolitik, in Angriffe gegen die Deutschnationalen. Schließlich spricht er das Ja seiner Partei aus.

Dr. Stresemann legt noch einmal in einer großangelegten Rede den Regierungsstandpunkt dar, um die Bedenken zu entkräften.

Aber nach ihm brachen in Prof. Bredt (Wirtschaftspartei), in Graf Lerchenfeld (Bayerische Volkspartei) und vor allem in Graf Reventlow und Strasser (Völkische) die Bedenken doch wieder durch. Damit schloß die Debatte. Die Vorlage wird heute vom Auswärtigen Ausschuß beraten. Am Donnerstag findet die zweite, am Freitag die dritte Beratung im Reichstag statt.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion legte folgenden Antrag vor: „Der Reichstag wolle beschließen, dem Artikel 1 des Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund folgenden Absatz 2 hinzuzufügen: „Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes". — Die gleiche Forderung stellt die Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei gegen Locarno.

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei gibt folgende Entschließung bekannt:

„Die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes ist unbedingt Anhängerin des europäischen Friedens und der Völkerversöhnung, jedoch nach dem Osten, wie nach dem Westen. Sie erachtet aber den sofortigen Eintritt in den Völkerbund als zur Zeit verfrüht und die Zulagen und Rückwirkungen des Vertrages von Locarno als unzureichend und ungewiß. Sie erblickt in ihrem Antrag, den Eintritt in den Völkerbund hinauszuschieben und erst die Wirkungen des Vertrages von Locarno abzuwarten, den richtigen Weg, um zu einer wirklichen Befriedung zu kommen.

Sollte dieser Antrag der Wirtschaftspartei abgelehnt werden, so fordert der Reichsausschuß als höchste Parteiinstanz die Abgeordneten auf, unbedingt geschlossen gegen den Gesetzentwurf der Reichsregierung zu stimmen."

Die nationalen Gewerkschaften gegen Locarno.

Die Reichsverbindung nationaler Gewerkschaften hat eine Entschließung gefaßt, in der sie die Ueberzeugung zum Ausdruck bringt, daß der Friedenspakt von Locarno die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes völlig außer acht lasse und daher abzulehnen sei.

Schon das Londoner Dawesgutachten stelle der deutschen Wirtschaft eine größere Aufbauhilfe bringen. Das Gegenteil von dem sei eingetreten. Die eingegangenen Bindungen hätten der deutschen Wirtschaft Hemmungen auferlegt, unter denen sie heute fast am Zusammenbruch steht.

Der Friedenspakt von Locarno werde der deutschen Wirtschaft weitere Bindungen auferlegen, so daß ein völliger Zusammenbruch erfolgen muß. Die deutsche Arbeiterschaft müsse die Garantie haben, daß sich die deutsche Wirtschaft ohne jede Bindung fortentwickeln kann, um all den Verpflichtungen nachzukommen, die sie bisher eingegangen sei.

Die bayrische Volkspartei hat schwerste Bedenken.

Die bayerische Volkspartei ist noch nicht zu einem festen Beschluß über die Locarnovorlage gelangt, sie wartet vorläufig noch ab, in welcher Weise einige Fragen noch im Auswärtigen Ausschuß aufgeklärt werden können und will ihre Entscheidung erst kurz vor der dritten Lesung fällen.

Sowjetrußland und der Völkerbund.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjet-Union meldet, erklärte Litwinoff bei einem Pressempfang: „Das von der Presse der ganzen Welt verbreitete Gerücht, die Sowjetregierung habe ihren Standpunkt gegenüber dem Völkerbunde geändert, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Die Sowjetregierung betrachtet den Völkerbund nach wie vor als einen verschleierten Bund der sogenannten Großmächte, die sich das Recht angemaßt haben, über das Schicksal der schwächeren Völker zu verfügen. An dem Wesen des Völkerbundes wird auch durch den Beitritt Deutschlands nichts geändert, vielmehr besteht bei einigen Mächten lediglich die Absicht, Deutschland im Rahmen des Völkerbundes zur besseren Durchführung ihrer sowjetfeindlichen Politik auszunutzen. Die Sowjetunion ist wie die Vereinigten Staaten von Amerika fest gewillt, nach wie vor einer solchen Organisation fernzubleiben."

*

— Man beachte die bewußte Nebeneinanderstellung von Amerika und Sowjetrußland! Wehe uns, wenn eines Tages die beiden Kontinente Asien und Amerika sich nicht nur beide außerhalb des Völkerbundes, sondern beide gegen ihn stellen.

Die Krisis in Frankreich.

Die französischen Sozialisten zur Krise.

Nach fünfstündiger Beratung hat die französische sozialistische Kammerfraktion gestern zusammen mit dem ständigen Verwaltungsausschuß der Partei eine Tagungsordnung angenommen, in der sich die Partei bereit erklärt, sich an einer Regierungsbildung, sei es allein, sei es unter Mitarbeit mit den demokratischen Parteien, mit denen die Sozialisten bei den letzten Kammerwahlen Seite an Seite gekämpft haben, zu beteiligen. Die Bedingungen, unter denen eine Kabinettsbildung durch die Sozialisten oder unter Beteiligung der Sozialisten erfolgen soll, sind noch nicht bekannt.

Briand hat die Regierungsbildung als aussichtslos abgelehnt. Der Präsident der Republik Doumergue hat nunmehr den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats Paul Doumer mit der Regierungsbildung beauftragt. Auch seine Aussichten gelten vorläufig als gering.

Inzwischen nimmt die faschistische Bewegung — die Locarno ablehnt — weiter zu.

Französische Wirtschaft im Rheinland.

Der Versuch Frankreichs, das besetzte Gebiet geistig-kulturell zu erobern, muß als gescheitert angesehen werden. Sein wirtschaftliches Vordringen in dieses Gebiet hinein ist aber — das muß leider zugegeben werden — von nicht unbeträchtlichen Erfolgen begleitet worden. Darüber gibt einen recht deutlichen Ueberblick der Bericht der französischen Handelskammern in den Rheinprovinzen für 1924. Der Inhalt dieses Berichtes ist für uns Deutsche überaus betrübend, denn er zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie fest Frankreich in den Rheinlanden auch wirtschaftlich Fuß gefaßt hat.

Die Handelskammer hat bekanntlich ihren Sitz in Mainz; ihr Ehrenpräsident ist natürlich — Herr Tirard, der französische Oberkommissar-Präsident ist Herr Laurent, Generaldirektor einer der größten schwerindustriellen Konzerne in Frankreich erster Vizepräsident der Aufsichtsratsvorsitzende der Société Général de Crédit Industrielle et Commercial, ein weiterer, Lavel, ist Direktor der Banque National de Crédit. Neben dem „Bureau" steht ein „Rat", der aus 33 Personen besteht. Natürlich ist ein Vertreter von Schneider-Creusot darin, ferner die Direktoren aller großen Industrien Frankreichs, der Bankwelt und einer Reihe französischer Kaufleute, die sich im Rheinlande niedergelassen haben; besonders sind Mainzer bevorzugt.

Nun bestehen beim französischen Oberkommissariat eine Reihe von Wirtschaftsbureaus (Services économiques) mit der Zentrale in Koblenz; Unterbüros in Kreseld, Düsseldorf, Aachen, Köln, Bonn, Koblenz, Mainz, Trier, Ludwigshafen. Außerdem besteht in Paris ein handelspolitisches Auskunftsbüro des Oberkommissariats. Ein Teil der Unterbüros dienen gleichzeitig als französische Konsularagenturen, das Generalkonsulat ist in Mainz. Natürlich gibt die französische Handelskammer ein besonders „Bulletin menouel" heraus mit allen Handels-, Finanz- und zollpolitisch wichtigen Nachrichten.

Erschreckend groß ist die Zahl der französischen Geschäftsleute, die sich im Rheinland niedergelassen haben. Teilweise sind es Restaurateure und Cafetiers. Aber auch — leider — sehr große Firmen. So wird z. B. die Hüttengesellschaft der „Roten Erde" (Aachen) in dieser Liste aufgeführt, für Borweiler die Gewerkschaft Karl Alexander. Sind für Aachen erst sieben Firmen namhaft gemacht, so schwillt diese Zahl für Köln auf 52, für Mainz auf 105 und für Wiesbaden gar auf 120 an. Alles, aber auch alles mögliche an Firmen findet sich darunter, der größte Teil der genannten betreibt natürlich Handelsgeschäfte. Auch Banken werden aufgeführt, die rein deutsche Namen haben, z. B. die Rheinische Diskontbank in Köln, „deutsche" Handelsgesellschaften wie die rheinisch-westdeutsche Handelsgesellschaft in Mainz und die Industrie-Handelsgesellschaft in Wiesbaden. Ueberhaupt tragen zahlreiche Firmen, die in dieser französischen Liste aufgeführt sind, französische Namen.

Es ist alles vertreten; auffallend stark auch Transportfirmen. Daneben natürlich auch Modegeschäfte und Käsefirmen, Kinos und Reisebureaus, Firmen für Teppichimport und Herstellung von Gummiwaren, Vertretungen der schwerindustriellen Werke und der Textilindustrie Frankreichs, Friseure und Motorradgeschäfte, Tabak-, Schokolade- und Parfümläden, Restaurationen und Hotels, Buchhandlungen und Pfeifengeschäfte, Schuhläden und Schneider, Photographen und Versicherungsagenten, kurz alle, aber auch alle Arten geschäftlicher Betätigung werden aufgeführt.

So ist das Rheinland mit einem dichten Netz französischer Firmen solcher, die es wirklich sind, und derer, die französische sein wollen, überzogen worden. Und nicht allein über den großen Städten liegt dieses Netz, die Fäden gehen vielmehr auch hinüber nach Uebach und Wehn, nach Johannisberg und Morsheim usw., also auch in kleine Städte.

Die Liste der französischen Firmen findet ihre Ergänzung in solchen deutschen Häusern, die den Franzosen „empfohlen" werden. Auch hier wieder Firmen und Geschäfte der verschiedensten Art. Eine „deutsche" Fima, Falk Söhne in Mainz, hat den ganzen Bericht gedruckt. Gerade in Mainz werden nicht weniger als 130 Firmen bezeichnet. Sehr interessant wäre es, zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Firmen in diese Liste aufgenommen werden. Es findet sich darunter z. B. die bekannte Berliner Firma Villeroy und Boch, dann auch Franz v. Metternich Nachfolger und das — „Mainzer Journal".

Wenn wir hierbei kurz noch auf die Tätigkeit der „Banque du Rhin" hinweisen, die über ein Kapital von 50 Mill. Frank verfügt, ferner noch auf die Anstrengungen, die eine der größten Pariser Banken, nämlich Lazard Gebrüder im Rheinland machen, so kann man nur mit großer Besorgnis der weiteren Entwicklung entgegensehen.

Vertagung der Locarnoverträge?

Der Baseler Anzeiger meldet aus Paris: Die vier Rechtsgruppen im Senat haben den Antrag eingebracht, die Entscheidung über den Vertrag von Locarno bis zum 15. Dezember zu vertagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251126012/fragment/page=0001

Zwei Absagen Englands.

Wo bleibt dann die Sicherheit?

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus, ob der Schatzkanzler im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit Frankreich und Italien über die Kriegsschulden die Frage der Abrüstung aufgeworfen habe oder aufzuwerfen beabsichtige, sagte Churchill, er zweifele, ob das Ziel, das er für ebenso wünschenswert wie der Fragesteller halte, auf die vorgeschlagene Weise gefördert werden würde.

Eine Anfrage, ob die Regierung bereit sei, dem Parlamente zu empfehlen, daß England ohne vorherige Volksabstimmung nicht wieder zu einem Kriege verpflichtet werden sollte, wurde von Baldwin verneint.

Die beiden Fragen haben sehr triftige Gründe. Denn die Londoner Verhandlungen des französischen Oberkommissars für Syrien haben dem englischen Volke klar gemacht, wie groß die Gefahr eines Krieges sowohl im Orient, wie in Ostasien ist. Daß der englische Ministerpräsident sich das Recht vorbehält, das englische Volk ohne Volksabstimmung in einen Krieg zu verwickeln, läßt darauf schließen, daß bereits bestimmte Kriegsabsichten vorliegen: gegen Rußland.

Wo aber bleibt dann Deutschlands Sicherheit?

Ein englisch-französisches Militärbündnis.

Die Gefahr eines Weltkrieges gegen den Osten.

Die „Chicago Tribune" will aus London erfahren haben, daß ein Abkommen zwischen Chamberlain und dem französischen Oberkommissar in Syrien de Jouvenel anläßlich des jüngsten Aufenthaltes in London getroffen worden ist. Der erste Teil dieses französisch-englischen Abkommens sehe die Bildung einer

Einheitsfront gegen die Türkei

im Irak vor, wo die Türken einen Teil des Vilajets Mossul fordern.

Der zweite Teil des Abkommens lege die gemeinsame Politik in der Verwaltung der Mandate des Iraks, Syriens, Palästinas und Transjordaniens fest. In Zukunft würden die Politiker und eingeborenen Führer dieser Länder keine Unterstützung in einem dieser Gebiete finden, um einen Aufstand in benachbarten Gebieten vorzubereiten. Die französischen und englischen Vertreter würden Anweisung erhalten, künftig in harmonischer Weise zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig Unterstützung zu gewähren. Das betreffe vor allen Dingen die Grenze zwischen Syrien und Palästina, die die Engländer gegenwärtig militärisch besetzt hätten, damit bei einem Angriff der Franzosen gegen die aufständischen Drusen diese nicht nach Palästina übertreten könnten.

Der dritte Teil des Abkommens gewährleiste die erforderliche Zusammenarbeit zwischen den französischen und den englischen Stäben durch Verbindungsoffiziere.

Der vierte Teil endlich sehe Maßnahmen vor, die geeignet seien, die gemeinsame Politik auf dem Balkan zu erleichtern, um, falls es erforderlich werden sollte, die gemeinsame Verteidigung der Balkanstaaten gegen die Türkei vorzubereiten.

Die Londoner „Times" erfährt aus Konstantinopel, daß der Besuch de Jouvenals in London unter den Türken ernste Befürchtungen erweckt habe.

— Man merkt den „Geist von Locarno", wie Paris und London ihn verstehen: Zusammenschluß der beiden, um die Türkei ihres unbestreitbaren Rechtes auf das Mossulgebiet und die Syrier und Araber ihrer Freiheit zu berauben. Sehr interessant ist die angebliche Verpflichtung, nicht mehr gegenseitig im benachbarten Gebiet anzuzetteln, wie es Frankreich in dem englischen Arabien und England im französischen Syrien bisher getan hat. Jetzt, wo der Orient in Brand zu kommen droht, wo es in Aegypten von neuem bedenklich gärt und Marokko neue schwerste Sorgen macht, finden sich die beiden Eroberer zu gemeinsamer Abwehr der Gefahr des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" zusammen.

Das Wichtigste an der Meldung aber ist, daß sie ganz eindeutig einen Krieg auf dem Balkan mit der Türkei ins Auge faßt. Dabei ist hinter die Türkei natürlich Rußland zu setzen, denn die Türkei allein ist selbstverständlich zu einem Angriff auf den waffenstarrenden Balkan nicht in der Lage, hat auch gar keinen Anlaß dazu. Außerdem besteht zwischen Türken und Russen ein militärisches Bündnis.

Vorläufig sind die Angaben der „Chicago Tribune" noch unbewiesen, doch macht die gemeinsame Gefahr einer panislamitischen Aufstandsbewegung ein Abkommen der angedeuteten Art durchaus wahrscheinlich. Es wird auch bestätigt durch folgende Meldung:

Tschitscherin reist nach Paris.

In unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, daß der russische Außenkommissar Tschitscherin in den nächsten Tagen in Paris eintrifft, um persönlich mit der französischen Regierung zu verhandeln. Gleichzeitig wird der französische Botschafter in Moskau Herbette in Paris eintreffen.

Genau wie Tschitscherin vor Locarno versuchte, Deutschland von dem Westpakt abzuhalten und zu diesem Zwecke schleunigst nach Berlin kam, so will er jetzt offenbar versuchen, Frankreichs Bündnis mit Rußland zu Todfeind England aufzuhalten. Ob ihm das gelingt, ist eine zweite Frage und hängt wohl in erster Linie davon ab, ob in Frankreich jetzt die Linke oder die Rechte ans Ruder kommt. Die Rechte mit ihren napoleonischen Ideen einer Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Kontinent wird eher für ein Bündnis mit Rußland gegen England zu haben sein, besonders wenn Tschitscherin als Gegengabe den Verzicht auf Unterstützung Abd el Krims ausspricht.

Vaterländische Arbeiter merkt auf!

Von Wilh. Schmidt, M. d. L., Friedenau-Berlin.

August Bebel, der „große" Führer der Sozialdemokratie, sprach einstmals das stolze Wort: Wir bohren uns in alle Institutionen (Einrichtungen) des Staates ein, um an seiner Vernichtung zu arbeiten! Diese, von Bebel und seinen Anhängern organisierten und fortgesetzten Bestrebungen wurden in ihrer wachsenden Bedeutung, leider viel zu wenig erkannt. Bis zum Kriegsausbruch war dieses Hineinbohren in Staat und Wirtschaft schon sehr weit vorangeschritten. Während des Krieges selbst machten die Sozialisten trotz aller Bewilligung der sog. Kriegskredite mit ihrer Tätigkeit stärkste Fortschritte, so daß in den schmachvollen Novembertagen das Werk Bebels seine Vollendung finden konnte! Der alte Staat wurde vernichtet!

Anstatt der „herrlichen Zeiten", welche nunmehr — nach Ebert — dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft erblühen sollten, gerieten wir staatlich, wirtschaftlich und kulturell in einen Trümmerhaufen und in eine Unfreiheit äußerer und innerer Art hinein, wie wir sie heute zur Genüge vor uns sehen! Wachen wir nicht baldigst auf, dann wird Deutschland von der indischen oder ägyptischen Kolonie nur noch dem Namen nach zu unterscheiden sein! Arbeitslosigkeit, Hungersnöte, Wohnungsnöte, Verzweiflung und Grauen seelischer und wirtschaftlicher Art, das sind die Früchte der Revolution und der Revolutionsregierungen, die Errungenschaften der Bebel, Ebert, Scheidemann! Der Kommunismus setzt schon jetzt zum Sprunge an.

Und was tut ihr, vaterländische Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr euch als Staatsbürger und als Mitträger der deutschen Wirtschaft fühlt, im Blick auf den 29. November? Bei den Wahlen zum Reichstag und Landtage habt ihr eure Pflicht erfüllt, da wares ihr ein leuchtendes Vorbild für manche inzwischen schon schläfrig gewordenen Schichten des Mittelstandes! Gerne gedenken wir der vielen Wahlversammlungen, die wir zum 4. Mai, zum 7. Dezember, zur Jarres- und Hindenburg-Wahl vor uns sahen, überall waren die Arbeiter stark vertreten und ließen sich an Rührigkeit kaum übertreffen. Und nun gilt es, am 29. November den Ansturm der vereinigten Rückschrittler von links abzuschlagen, es gilt, die Wahlerfolge zu den Parlamenten auf den 29. November zu übertragen!

Die Ergebnisse der Kreistags- und Provinzial-Landtagswahlen sind im Zeichen des Willkürregiments des roten Innenministers Severing von allerhöchster Bedeutung! In einer Zeit wie der unsrigen muß der Lebenswille, muß die soziale Fürsorge, die Kultur-, die Wirtschafts- und Verkehrspolitik in den Selbstverwaltungskörpern der Kreise und Provinzen erheblich stärker herausgearbeitet werden! Von unten nach oben müssen wir gesunden! Alle Fassaden- und Dacharbeit ist kindische Spielerei, solange der Grund ein Morast ist! Wollen wir hier nicht deichen, dann müssen wir weichen!

Darum du vaterländische Arbeiterin und du vaterländischer Arbeiter, der du heute weniger denn je Geld und Gut dein eigen nennst, der du vielleicht sogar an die düstere Arbeitslosigkeit denkst, lasse dir darum den Glauben an Deutschlands Zukunft, an bessere Zeiten für dich und deine Kinder nicht nehmen! Schenke dein Bestes, deine Persönlichkeit, deine vaterländische Pflicht, dein Vorbild, trotz allem mit zu den wertvollsten Staatsgenossen zu zählen, dem besahenden, allein aus der Not der Zeit herausführenden nationalen Staatsgedanken. Dieser muß erneut am 29. Nov. bestehen!

Aus verschiedenen Industriezentren ist uns übereinstimmend gemeldet worden, daß die Sendboten der Sozialisten in geschickter Weise bestrebt sind, insbesondere in Arbeiterkreisen die Auffassung zu erwecken, als wenn die Arbeiterschaft an den Kreistags- und Provinzial-Landtagswahlen keinerlei Interesse habe, diese Wahlen gingen die Arbeiterschaft nichts an dort werde ja doch nichts erreicht, man habe daher selbst jedes Interesse verloren usw. usw. Die Sozialisten wollen also auf dem Wege der Einschläferung ihrer Gegner und der darauf organisierten Ueberrumpelung erreichen das Rennen machen! Nichtbeteiligung an den Wahlarbeiten oder gar Nichtwählen bedeutet, den allein Verantwortlichen am riesengroßen Elend dieser Zeit eine direkte Förderung zuzuwenden und ist somit eine durch nichts abzuleitende Schädigung des nationalen Staats- und Wirtschaftsgedankens!

Darum, ihr vaterländischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihr über alle Kümmernisse des Tages hinweg den Blick auf eure und die Zukunft eurer Kinder und Kindeskinder lenkt, tretet am 29. November mit festem Schritt zusammen! Gebt den Volks- und Landesverderbern, den Volksaussaugern, den Futterkrippenbefliessenen, den einzigen Schuldigen eures Elends die Quittung! Wählt national.

Südafrika wird mündig.

Rede Premierministers Hertzogs.

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, sagte der Premierminister der englischen Kolonie Südafrika, General Hertzog im Verlaufe einer Reise durch den Oranjefreistaat, bei einer Rede in Dastron: Die Nationalisten hätten das Recht gewonnen, sich vom britischen Reich loszutrennen. Aber sie wüßten, daß ein solcher Schritt verhängnisvoll sein würde. Südafrika würde dieses Recht ausüben, sobald es sich zeige, daß es nicht im Interesse des Landes liege, weiterhin innerhalb des britischen Reiches zu verbleiben. General Hertzog betonte, daß das Programm der nationalistischen Partei das Auflösungsrecht vom Britischen Reich einschließe, daß aber davon kein Gebrauch gemacht werden würde, bis die Ansichten sowohl der englischsprechenden als auch der Holländisch-Sprechenden Südafrikaner in diesem Punkt übereinstimmten.

— Man soll die Bedeutung dieser Ansichten des Führers der Nationalisten nicht überschätzen. Gerade durch seinen jüngsten Vorschlag, den Farbigen ein gewisses Wahlrecht zu geben, hat er seinem Gegner, General Smuts, manche Anhänger zugeführt. Dabei ist ein gewisses Mitwirkungsrecht der Farbigen und ihre Unterstützung oder mindestens wohlwollende Neutralität die Voraussetzung der Loslösung Südafrikas von England. Denn gegen England und die Farbigen zugleich könnte Südafrika sich nicht halten, zumal auch das übervölkerte Japan eine Gefahr werden könnte.

Daher hat die Loslösung von England wohl noch gute Weile.

Der Ausspruch des Premierministers, daß der Premierminister überhaupt so offen davon spricht, ist für die Dauerhaftigkeit des englischen Weltreiches ein bedenkliches Anzeichen.

In Baden Regierungskoalition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten.

Die badische Zentrumsfraktion gibt zur Regierungsbildung eine Erklärung ab, in der sie ihr Bedauern ausdrückt, daß es ihr trotz ehrlichsten Bestrebens nicht gelungen ist, die große Koalition, und als diese unmöglich wurde, die alte Weimarer Koalition durchzuführen. Zentrum und Sozialdemokratie würden jetzt gemeinsam die kommende Regierung vorschlagen.

— Der Parlamentarismus treibt immer schönere Blüten! Jetzt wollen die Kirchenfeinde mit der Kirche und die Kirche mit den Kirchenfeinden zusammen das badische Musterländle regieren. Das mag ja zwar die denkbar vollkommenste Beilegung der Kulturkampfstage sein, aber als „ideale" Lösung wird man sie schwerlich ansprechen können. Selbst die Anhänger des parlamentarischen Systems könnten angesichts solcher politischen Kombinations- und Kompromißblüten sehr bald zu der Erkenntnis kommen:

„Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage,
Weh dir, daß du ein — Deutscher — bist!"

Fragen der Erwerbslosenfürsorge.

Dem Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten lag ein Antrag der Sozialdemokraten betreffend Erhöhung der Unterstützungen der Erwerbslosen vor; auch den Kurzarbeitern solle eine entsprechende Unterstützung gewährt und die Unterstützungsdauer soweit verlängert werden, wie es gegenwärtig notwendig sei.

Die Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sprachen sich zustimmend aus. Die Kommunisten verlangten eine sofortige Verdoppelung der Unterstützung ohne Karenzzeit für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. Geheimrat Weigelt vom Reichsarbeitsministerium hielt es wegen der großen finanziellen Auswirkungen für geboten, daß zunächst der zuständige Ausschuß des Verwaltungsrats des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sich mit den Anträgen beschäftige.

Erleichterungen bei der Lohnsteuer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag zur Lohnsteuer eingebracht, der verlangt, daß ein Einkommen von 100 Mark monatlich vom Steuerabzug frei bleibt, und zwar 65 Reichsmark als steuerfreier Lohnbetrag und je 17 Mark 50 Pf. zur Abgeltung der Werbungskosten bzw. der Sonderleistungen. Außerdem sollen die Familienermäßigungen folgendermaßen erhöht werden: Für die Ehefrau auf 20 Mark, für das erste und zweite Kind auf je 30 Mark und für das dritte und vierte Kind auf je 40 Mark und jedes folgende Kind auf je 50 Mark monatlich. Mit diesem Vorschlag ist zugleich die Beseitigung des Systems der prozentualen Ermäßigung verbunden, so daß die Familienermäßigungen für alle Einkommen gleich hoch wären.

Dienstagvormittag fanden neue Polizeidurchsuchungen in Berliner Ladengeschäften statt.

*

Der Reichspräsident und der preußische Ministerpräsident Braun haben dem Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer Dr. h. c. Damaschke zum 60. Geburtstag ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Turnschuhe in angegossener Gummisohle Gummi-Bieder, Gr. Steinstraße.

Paraguay und seine Siedlungsmöglichkeiten.

Von Dr. C. Fiebrig-Gertz.

Direktor des Botanischen Gartens, Paraguay.

Südamerika ist der Kontinent der riesenhaften Abmessungen und es ist der von Natur vielleicht am reichsten gesegnete Erdteil mit den größten Zukunftsmöglichkeiten. Es hat den größten Strom, die größten Gebirgsmassen — die 7000 Meter lange Anden kette — und das ausgedehnteste Waldgebiet der Erde im Tropenland des Amazonas, während ihm die Wüsten fehlen, eine Sahara Afrikas, die riesigen Tundren und Hochwüsten Innerasiens und das wasserlose Zentrum Australiens.

Innerhalb dieser riesenhaften Abmessungen dieses Erdteils liegt wie ein Geschlossenes, in seinem Innern, verbunden mit dem Meere durch den Paranastrom, die Republik Paraguay, die gewissermaßen all die spezifisch südamerikanischen Eigenschaften in kleinem Maßstabe zeigt. Gebirgszüge, dichte Wälder und ein reich verzweigtes Stromgebiet; dazu ausgedehnte Flächen die im kleinen das wiederholen, was man unter der argentinischen Pampa versteht.

Im wesentlichen bietet sich das natürliche Landschaftsbild dar als eine Abwechselung von Wald und Kamp, das heißt von vielen Bächen und Flüssen, und man kann im allgemeinen diese Vegetationsformation als parklandschaftlich bezeichnen. Wald und Kämpe hängen im wesentlichen ab von den Bodenverhältnissen, indem der Wald die höher gelegenen Plätze einnimmt, die sich durch einen roten Boden auszeichnen während sich die Kämpe mehr in den Niederungen ausbreiten, wo der Boden häufig schwarz und undurchlässig oder dann mehr sandig ist. Dieser rote Waldboden zeichnet sich durch seinen Tongehalt aus und seine Tiefgründigkeit. Eigenschaften, die für die Kultur sehr günstig sind. Der Paraguayer pflegt infolgedessen sich lieber der Mühe des Schlagens der Bäume zu unterziehen, um auf diese Weise brauchbares Kulturland zu gewinnen (gerade so wie der Südbrasilianer, wo ähnliche Verhältnisse vorliegen). Der rote Boden ist in der Tat sehr fruchtbar und geeignet, alle in Betracht kommenden Kulturpflanzen hervorzubringen.

Welche wirtschaftlichen Kulturen in Paraguay möglich wären, könnte man dahin beantworten, daß so ziemlich alle tropischen und subtropischen Pflanzen gedeihen, so z. B. sicherlich die reintropischen Bananen, Kaffee, Ananas. Gedeihen hier Kakao, da bei uns die Temperaturen alle Jahre unter 4 Grad über Null zu fallen pflegen. Daher die Tatsache, daß im allgemeinen für Kakaokultur in erster Linie Küstengebiete in Frage kommen und überhaupt Gegenden mit einem großen Feuchtigkeitsgrad der Luft, die aber wieder für den Menschen weniger geeignet ist.

Diejenigen Kulturen, die jeder Eingeborene zunächst produziert, sind Mandiok und Mais, die Standart-Nahrungsmittel für alle tropischen Bewohner. Ebenso dienen im allgemeinen als Nahrungsmittel Bataten (süße Kartoffeln) und Porotos (kleine Saubohnen). Von weiteren Kulturen wäre in erster Linie der Tee oder Matte oder die „Yerba", wie sie im Lande selbst genannt wird, zu erwähnen, eine in Paraguay wildwachsende Pflanze, daher der wissenschaftliche Name Ilex paraguarensis, die jetzt allgemein kultiviert wird und gerade für den Kolonisten von besonderer Wichtigkeit ist. Die „künstliche" Anzucht und insbesondere die Kulturmöglichkeit der Ilex paraguarensis, die bis dahin unmöglich erschienen war, ist durch deutsche Kolonisten, und zwar einen gewissen Herrn Neumann, vor etwa 30 Jahren in Paraguay praktisch bewiesen worden.

Sehr alt ist in Paraguay die Tabakkultur, aber auch sehr verbesserungsbedürftig. Zweifellos würde durch eine Fermentationsbehandlung des an sich guten Produktes eine wesentlich bessere, dem nordischen Geschmack in höherem Grade entsprechende Qualität zu erzielen sein. In neuerer Zeit wird der Baumwollkultur besondere Beachtung geschenkt und es kann kein Zweifel bestehen, daß gerade diese Pflanze, die schon seit Jahrhunderten für den Hausgebrauch gezogen wurde, ein sehr wichtiges Ausfuhrprodukt darstellt, da für diese Kultur in Paraguay besonders günstige Faktoren vorhanden sind.

Paraguay nennt von Natur aus 3 für den Export hochwichtige Pflanzenarten sein Eigen. Nämlich außer der eben erwähnten Yerba-Mate noch den Quebrachobaum (Schinopsis Balansae) und die wilde Orange. Quebracho stellt in seinem Extrakt einen für die Gerberei sehr wichtigen Exportartikel dar, der, in verschiedenen großen Fabriken gewonnen, die stattliche Summe von über 30 Millionen Kilogramm in einem Jahr erreicht hat. Der Quebrachobaum wächst vornehmlich im Gran Chaco, dem westlich des Paraguanstromes gelegenen Teil des Landes. Dieser Landesteil hat neuerdings besonderen Wert auch für die Viehzucht bekommen, die sie zweifellos für Paraguay mit der Etablierung mehrerer großen Fleischverarbeitungsfabriken (konserviertes Fleisch, Gefrierfleisch, und Salzfleisch) zum Ausdruck gekommen ist. Es wird auch hier alles von einer zielbewußten systematischen Zuchtveredelung des einheimischen Viehmaterials abhängen, wie sie schon von verschiedenen Seiten in ernsthafter Form in die Wege geleitet worden ist mit recht erfreulichen Resultaten. Aus der wildwachsenden bitteren Orange wird das berühmte „Petitgrain-Oel" gewonnen, der grundlegende Stoff für eine große Anzahl der wertvollsten Parfüms.

Es würde zu weit führen, wenn ich mich äußern würde über die zahlreichen Kulturen, die noch für den Ackerbau in Paraguay in Betracht kommen. Ich will nur bemerken, daß auch die Kartoffel ganz gut gedeiht und man neuerdings auch an die Kultur von Weizen herangeht. Es ist aber natürlich, daß Paraguay in Bezug auf Weizenkultur niemals mit Argentinien würde konkurrieren können.

Wir dürfen also hoffen, daß die Welle des wirtschaftlichen Aufschwunges, welche die benachbarten Staaten Argentinien und Brasilien in den letzten Jahrzehnten so außerordentlich gefördert hat, jetzt auch nach unserem Paraguay hinüberflutet, ein Land, das gewissermaßen als südamerikanische Schweiz manches Vorteilhafte hierfür bietet, so namentlich sehr niedrige Landpreise, den noch jungfräulichen Boden und in mancher Beziehung auch vielleicht bessere Arbeiterverhältnisse.

*

Ich habe einen Teil Paraguays aus eigener Anschauung kennen gelernt und stimme dem Verfasser durchaus zu. Aber überschwenglliche Auswanderungsschilderungen möchte ich auf die eine Tatsache hinweisen: Wenn das Roden des Urwaldes und Besiedeln des Landes eine leichte Arbeits- und Gewinnmöglichkeit wäre, würden die Leute, die am Unterlauf des Paraguan- und Uruguanstromes eine an modernen Fortschritt mit jeder Hauptstadt Europas erfolgreich wetteifernde Zwei-Millionenstadt Buenos-Aires zu schaffen gewußt haben, ganz gewiß nicht auf europäische Einwanderer warten.

Dr. H. Else.

Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen. Rektor und Senat der Aachener Technischen Hochschule haben durch einstimmigen Beschluß 1. den Regierungspräsidenten Dr. Wilhelm Rombach in Aachen, den von der Aachener Studentenschaft als leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung im Kampfe um die rheinische Heimat anerkannten Führer, 2. den Landrat Hermann Pütz in Aachen, in dankbarer Anerkennung seiner und des von ihm geleiteten Kreises Fürsorge für das Wohl der Aachener Studentenschaft, 3. den Ingenieur Joseph Koster in Heerlen, den bedeutenden holländischen Ingenieur, in Anerkennung seiner großen Verdienste um den Bergbau und die Erdäerschließung, sowie seiner tatkräftigen Hilfe für die Stadt Aachen in schwerster Zeit, und seiner bewährten ganz hervorragenden freundschaftlichen Unterstützung der Aachener Studentenschaft, zu Ehrenbürgern der Technischen Hochschule Aachen ernannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251126012/fragment/page=0002